

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 40. 33. Jahrg.

1. Oktober 1920

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN  
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN  
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 2 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 3 Mk.

## Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisenstr. 86-88, III. Redaktionsschluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4258.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Der Dritte im Bunde. Rundschau. Von den englischen Gewerkschaften. I. — **Allgemeines:** Zu frohen Festen. Ortsberichte: Leipzig, Meißen, Waldenburg-Altwasser. — **Die photomech. Fächer:** Wohin der Weg? — **Graphische Technik:** Der Kampf um die Farbe. II. — **Opfer des Krieges.** — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

Durch Mitteilung unserer holländischen Bruderorganisation hat der Verbandsvorstand beschlossen, **Holland bis auf weiteres für die Zureise von Chemigraphen zu sperren.** Die Verhältnisse der Chemigraphie sind in Holland ebenso traurig wie in Deutschland. Die Unternehmer versuchen fortgesetzt durch Inserate im »Klimschen Anzeiger« Kräfte nach Holland zu ziehen, um sich den tariflichen Bestimmungen unseres Bruderverbandes zu entziehen. Sie bieten dabei zum Teil ein Gehalt bis zu 50 Gulden wöchentlich, um zunächst einmal vom Tarif freizukommen. Die Absicht ist natürlich, den Tarif zu Fall zu bringen. Bis auf Widerruf bleibt deshalb Holland für Chemigraphen gesperrt. Reisen trotzdem Chemigraphen nach Holland, werden sie als Streikbrecher betrachtet und verlieren ihre Mitgliedschaft. Wir bitten strengste Beachtung dieser Sperre, die solange gilt, bis sie an dieser Stelle widerrufen wird.

## Der Verbandsvorstand.

## Der Dritte im Bunde.

Der Kreis ist geschlossen. Den Verneinern eines gerechten Ausgleiches der Entlohnung der Gehilfenschaft haben sich auch die Unternehmer im Steindruckgewerbe angeschlossen. Gleich den Unternehmern im Chemigraphie- und Lichtdruckgewerbe haben auch sie die berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft abgewiesen und damit dargetan, daß auch sie die Beschlüsse der Unternehmerzentrale als für sich bindend erachten. Daran ändert auch die von den Unternehmern wiederholt abgegebene Erklärung nichts, daß die Betriebe die von der Gehilfenschaft geforderte Lohnerhöhung nicht tragen können, weil nicht zu bestreiten war, daß sich die Gehilfenschaft auch jetzt noch in einer ungeheuren Notlage befindet.

Die Notlage der Kollegen voll anerkennend, verlangte der Verbandsvorstand, daß mit Ablauf des Lohnabkommens eine neue Regelung getroffen werde und eine Erhöhung der Löhne um 30 Mk. in der Woche erfolgen müsse. Diese vom Verbandsvorstand aufgestellte Forderung führte zu Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien am 27. September, die, wie schon erwähnt, ohne jedes Ergebnis geführt wurden. Schon in seiner Eröffnungsrede betonte der Vorsitzende der Unternehmer, daß die gestellten Forderungen abgelehnt werden müßten. Die Warenpreise seien allgemein gefallen und das Existenzminimum der Arbeiterschaft gegeben. Die Betriebe seien auch nicht in der Lage, neue Lasten zu tragen. Der Absatz im Inlande wie im Auslande stockte vollständig, weil die Käufer die geforderten Preise nicht zahlen. Auch der bessere Beschäftigungsgrad einzelner Firmen gestatte nicht die Forderung einer allgemeinen Erhöhung der Löhne.

Kollege Haß begründete auch diesmal die Forderung der Gehilfen. Mit Recht betonte er, daß die Gehilfenvertreter aus den Ausführungen des Unternehmervertreters vor allem nur das Nein hören. Ganz unzweideutig

stehe fest, daß die Arbeiter der graphischen Industrie das Existenzminimum noch nicht haben, und solange dies der Fall sei, werde nicht aufgehört, Forderungen zu stellen. Auch die Gegenwart entbinde nicht davon. Gerade die eingetretene Änderung in der Wirtschaft, die Arbeiter entläßt, statt sie in das Wirtschaftsgetriebe einzureihen, drücke ganz gewaltig die Lebenslage der Arbeiter herab. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiter im graphischen Gewerbe noch nicht einmal einen Ausgleich errungen haben. Die aufgestellte Forderung sei deshalb mehr als berechtigt und ihre Erfüllung eine Pflicht.

In der nun folgenden Aussprache wird von den Gehilfenvertretern in ausführlicher Weise die Notlage geschildert, in der sich die Gehilfenschaft befindet und nachgewiesen, daß diese Not mit steigendem Abbau der Zwangswirtschaft sich noch vergrößern muß. Lohn und Warenpreis stehe auch jetzt noch in keinem Verhältnis. Von den Unternehmern wird gegen diese Darlegungen eingewendet, daß die Betriebe eine weitere Betätigung nicht tragen könnten. Wohl sei das Streben der Arbeiter, wie vor dem Kriege zu leben, berechtigt, aber die Möglichkeit dazu fehle. Der bei der letzten gewährten Teuerungszulage vorausgesetzte geringere Beschäftigungsgrad sei eingetreten und müßte sich bei einer weiteren Lohnsteigerung noch mehr verstärken.

Die inzwischen herangekommene Mittagspause benutzen beide Parteien, um noch einmal gesondert über die Lage zu beraten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erklären die Unternehmer, daß sie einen Vorschlag der Gehilfen erwarten. Im Auftrag der Gehilfenvertreter erklärt Kollege Haß, daß die Gehilfen nach ernster Beratung und nach Beseitigung vieler Schwierigkeiten folgenden Vorschlag machen:

Den verheirateten Gehilfen ist eine Teuerungszulage von 15 Mk. und den ledigen eine Teuerungszulage von 10 Mk. in der Woche zu gewähren.

Die Unternehmer ziehen sich nach Bekanntgabe dieses Vorschlages zur Sonderberatung zurück. Nach 2 1/2 stündiger Beratung erklären sie durch den Mund des Herrn Dr. Hagelberg, daß sie zu einer Ablehnung des Gehilfenvorschlages gekommen seien. Die Betriebe seien nicht in der Lage eine allgemeine Lohnerhöhung zu tragen, jedoch sei den Kurzarbeitern ein Entgegenkommen gezeigt. Auch diese Belastung übersteige die Tragfähigkeit der Betriebe, jedoch seien sie bereit trotz der schlechten Lage des Gewerbes einen Teil der sozialen Lasten zu tragen. Die Unternehmer schlagen folgende Vereinbarung vor:

Verheirateten Kurzarbeitern wird bei Einschränkung der Arbeitszeit infolge Arbeitsmangels für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung von fünf Mark bis zur Höchstgrenze von 15 Mark pro Woche gewährt. Die Abmachung gilt bis zum 31. Dezember 1920.

Alle sonstigen Abmachungen über Kurzarbeit werden durch diese Vereinbarung aufgehoben. Sollte durch gesetzliche Anordnung obige Entschädigung auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden können, so fällt der Bezug dieser Unterstützung fort.

Voraussetzung für diese Abmachung ist, daß das zwischen den Verbänden bestehende Lohnabkommen auf die gleiche Zeit, d. h. bis zum 31. Dezember 1920 verlängert wird.

Nach stattgefundenem Sonderberatung der Gehilfenvertreter wird die Ablehnung des Unternehmertrages erklärt und nach nochmaliger Darlegung der Lage der Gehilfenschaft und Befragung des Umstandes, daß auch die Unternehmer mit der baldigen Beseitigung der Kurzarbeit, hervorgerufen durch Arbeitsmangel rechnen, folgender letzter Vorschlag gemacht:

Verheirateten oder einen eigenen Haushalt führenden Gehilfen wird eine weitere Teuerungszulage von 15 Mark die Woche gewährt, zahlbar erstmalig am ersten Lohntag im Oktober 1920.

Diese Teuerungszulage wird bei Kurzarbeit nicht anteilig berechnet, sondern voll ausbezahlt.

Weitergehende Vereinbarungen über Kurzarbeiterentschädigung bleiben unberührt.

Diese Vereinbarung gilt bis 31. Dezember 1920.

Als auch die Unternehmer diesen Vorschlag ablehnten und nur ganz geringfügige Änderungen ihres Vorschlages zu bringen hatten, waren die Verhandlungen gescheitert. Jene Kollegen behielten Recht, die mit einem solchen Ausgang der Verhandlungen gerechnet hatten und immer betonten, daß auch unsere Unternehmer sich dem Gebot der Zentrale der deutschen Unternehmerverbände fügen würden.

Was nun? Werden die Kollegen fragen und nach Anhören des Berichts die Wege erörtern, die zu gehen sind, daß Existenzminimum zu erreichen. Welche Wege die Gehilfenvertreter der Kollegenschaft zu gehen vorschlagen werden, ist den Unternehmern kein Geheimnis geblieben, und es gab einige erstaunte Gesichter als man vernahm, daß auch für das Steindruckgewerbe eine Fortsetzung der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium folgen würde. Dort wird sich ja zeigen, ob die Annahme der Gehilfenvertreter gerechtfertigt ist, daß auch die Unternehmer im Steindruckgewerbe in den letzten Monaten guter Beschäftigung Übergewinne erzielt haben und ob die Unternehmer nicht zahlen können, oder ob sie nicht zahlen wollen.

Notwendig ist, daß sich die Kollegenschaft vor dem Stattfinden der Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen läßt. So schwer es auch bei der starren Haltung unserer Unternehmer sein mag die Ruhe zu bewahren, führt doch nur dieser Weg zum Ziel. Erst wenn alle Möglichkeiten der Verständigung erschöpft sind und alle versagt haben, kann weiter beraten werden was zu tun ist. Bis dahin aber heißt es: Stange halten!

## Rundschau.

Zum Direktor der Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig ist als Nachfolger des kürzlich verstorbenen Professors Seliger der Professor Walter Tiemann ernannt worden. Der erst im 45. Lebensjahr stehende Professor Tiemann war bisher an der Akademie im Lehramt tätig. Als Schriftzeichner und Entwerfer geschmackvoller Bucheinbände erfreut er sich eines guten Rufes in der Fachwelt. Dem graphischen Gewerbe schenkte er seine volle Aufmerksamkeit; mancher Betrieb konnte seine Ratschläge industriell auswerten und seine Vorschläge

zur Ausbildung von Lehrlingen im graphischen Gewerbe, obwohl von der Gehilfenschaft zum Teil abgelehnt, zeigen sein Interesse. Uns hat Professor Tiemann bei Bewertung verschiedener Preisausschreiben als Preisrichter zur Seite gestanden.

**Die holländischen Gewerkschaften.** Die Mitgliederzahl der Verbände ist seit 1918 bemerkenswert gewachsen; sie betrug am 1. Januar 1918 in 34 Organisationen 159514, am 1. Januar 1920 in 30 Organisationen 247704 Mitglieder (also 88190 mehr). Besonders stark ist der Zuwachs der weiblichen Mitglieder; der Stand belief sich am 1. Januar 1918 auf 8175 am 1. Januar 1920 auf 16900, hat sich also mehr als verdoppelt. Die meisten weiblichen Mitglieder zählten die folgend aufgeführten Gewerkschaften: Schneider 3537, Textilarbeiter 1718, Handlungsgehilfen 1717, Diamantarbeiter 1553, Beamte 1357, Hausangestellte 1270, Gemeindefabrikarbeiter 1255, Fabrikarbeiter 1123. Wie in anderen Ländern bewegen die wirtschaftlichen Bedingungen eine Reihe von gewerkschaftlichen Organisationen auch in Holland, sich zu verschmelzen. Das vollzog sich mit den Verbänden der Beamten, der Steuerbeamten und des Post-, Telegraphen- und Telephonpersonals, deren neue Einheitsorganisation numerisch Zentraler Niederländischer Beamtenbund heißt. Der Bund der Köche verschmolz sich mit dem der Gastwirtsgehilfen. Ferner vereinigen sich die Organisationen der Eisenbahner mit den Lokomotivführern und Heizern, die der Brauereiarbeiter mit den Fabrikarbeitern, endlich die der Bauarbeiter mit den Zimmerern. Auch bei anderen Organisationen bestehen Fusionierungspläne, sind zum Teil schon über das Vorstadium hinausgediehen. — Die Kassengebarung zeigt ebenfalls eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Obschon die einzelnen Organisationen im Jahre 1919 eine Gesamtausgabe von 827875 Gulden hatten, stieg ihr Vermögen auf insgesamt 3083364 Gulden. Außer dem befindet sich in den Kassen der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ein Betrag von 731471 Gulden. Hierzu sei bemerkt, daß in Holland die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit auf dem sogenannten dänischen System aufgebaut ist, das heißt Staat und Gemeinde zahlen je zur Hälfte zu den von den Gewerkschaften aufgetragenen Beiträgen 100 Prozent Zuschuß (zum Beispiel zu einem gewerkschaftlichen Wochenbeitrag von 30 Cents je 15 Cents).

## Von den englischen Gewerkschaften.

I.

Während die englische Arbeiterpartei beinahe eine theoretische Rolle von an und für sich geringer Bedeutung gespielt hat, waren die Gewerkschaften bis jetzt die treibenden Kräfte in der Arbeiterbewegung. Diese Organisationen haben es erreicht, daß die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Menschenrechte erwidert sind und ihnen gebührt die Ehre für die Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter.

Wie Ed. Munk in der dänischen Zeitung »Politiken« berichtet, ist die englische Arbeiterbewegung knapp hundert Jahre alt. Als sie sich zuerst äußerte, wurde sie durch Parlamentsakte verboten, aber nach und nach hat sie sich Anerkennung erungen, bis sie jetzt eine starke Institution geworden ist, eine Macht innerhalb des Staates. Jetzt wird das wichtigste ihrer Kampfmittel, der Streik, als gesetzlich anerkannt.

Die englischen Gewerkschaften zählen jetzt ca. 5 Millionen Mitglieder. Wenn man jedoch berücksichtigt, daß diese Zahl auch Postbeamte, Eisenbahner und andere umfaßt, die nicht zur Klasse der »Corpsarbeiter« gehören, wird man verstehen, daß diese Zahl längst nicht die Arbeiterbevölkerung von Großbritannien repräsentiert. Und des weiteren muß bemerkt werden, daß lange nicht alle Mitglieder der Gewerkschaften der politischen »Arbeiterpartei« angehören.

So stark organisiert wie in den Vereinigten Staaten war die englische Arbeiterbewegung nie. In Amerika haben die sogenannten »skilled workers« — geübte Facharbeiter — sich so gute Bedingungen erzwungen, daß sie schon eher der »Mittelklasse« angehören. In England waren die Löhne bis in die letzte Zeit sehr niedrig, und selbst jetzt nach dem Kriege ist mancher »Union man« hier schlechter gestellt als der amerikanische Arbeiter im selben Fache vor zehn Jahren.

Nach dem Kriege haben indessen die englischen Gewerkschaften viel zur Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder erreicht, und zu gleicher Zeit wie die Arbeitsdauer verkürzt wurde, wurden die Löhne heraufgesetzt, so daß sie jetzt durchschnittlich dreimal so hoch sind wie vor dem Kriege. Aber zu gleicher Zeit sind auch die Preise für die Lebensmittel gewaltig in die Höhe gegangen.

Durchschnittlich verdient wohl der englische Industriearbeiter jetzt zwischen 3 und 4 Pfund in der Woche, während einzelne jedoch das Mehrfache dieses Betrages verdienen. Landarbeiter sind nicht so gut gelohnt, ihr Verdienst bewegt sich um 2 Pfund in der Woche, während ihre Forderung zur Zeit auf 50 Schilling geht. Natürlich ist es in England wie überall erheblich billiger auf dem Lande zu leben als in der Stadt. Zur Zeit sind verschiedentlich Gärungen in der Landarbeiter-

bevölkerung zu spüren, die sich in immer größerer Zahl an die beiden bestehenden Gewerkschaften ihrer Klasse anschließen. Es gilt die Lohnfrage, die Wohnungsfrage und den Achtstundentag.

Es ist die Arbeit für »The higher Standard of Living«, die sich die Gewerkschaftsbewegung zur Aufgabe gesetzt hat. Worin jedoch der höhere Maßstab des Lebens besteht, ist der großen Masse der englischen Arbeiter noch nicht sonders klar. Sie scheinen der Ansicht, daß der »Standard« von selbst kommt mit den höheren Einnahmen, und mit dem wichtigsten Moment, der Erziehung und Ausbildung der Jugend, beschäftigen sie sich wenig. Im Gegenteil sind viele unter ihnen, die da meinen, daß die Schulausbildung von keiner praktischen Bedeutung ist. Sie wollen es gar nicht, daß ihre Kinder mehr lernen als sie selbst. Das hängt auch zusammen mit der in England vielfach herrschenden Regel, das der Sohn dem Vater folgt, sowohl was Lebensbedingungen als Arbeit betrifft.

Nun wird allerdings behauptet von gewissen Kreisen, daß der britische Arbeiter schon eine höhere Lebenshaltung habe als die Arbeiter in anderen Ländern und daß höhere Löhne ein bedeutend wären damit, daß Großbritannien in der Konkurrenz mit dem Auslande unterliege, wo die Arbeitslöhne überall niedriger seien. Eine Begründung, die, wie Munk berichtet, nicht vertreten werden kann, weder was den »Standard« noch die Lohnsätze betrifft.

Das wichtigste Kampfmittel der Gewerkschaften ist ja jetzt in allen Ländern wohlbekannt. Eine andere, weniger radikale Waffe als der Streik ist »Ca canny«, das zur Zeit in großem Maße benutzt wird. Der Name ist schottisch und bedeutet: »Geh langsam«. Unter dem Ca Canny verrichtet der Arbeiter nicht mehr Arbeit als absolut notwendig, damit er während der ganzen Arbeitszeit beschäftigt ist. Wenn nämlich jeder seine Leistung auf das äußerste einschränkt, sind mehr Arbeiter nötig, um eine Arbeit auszuführen. Ein anderer Grund ist der Unwille, mehr zu arbeiten, um nicht dem Kapitalisten die Taschen zu füllen.

Während eines kürzlich stattgefundenen Konflikts innerhalb der Eisenbahngesellschaften kam noch ein Kampfmittel zur Anwendung. Es heißt »Work to rule« und besteht darin, daß man sich streng an das Reglement hält, wodurch die Arbeit in bedeutendem Maße sinkt. In den Reglements befinden sich nämlich eine Menge unpraktischer Bestimmungen, die, wenn man sie Punkt für Punkt verfolgt, verschiedene Verspätungen herbeiführen.

## Allgemeines

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Zu frohen Festen.

Es mag recht eigenartig klingen, von frohen Festen zu reden in einer Zeit, die Kampfgedröhre durchhallt und in der die Not mit ihrer ganzen Grausamkeit an alle Türen der Besitzlosen klopft. In einer Zeit von frohen Festen zu reden, die sich in Geburtswehen krümmt und windet, um eine Neuordnung der Dinge zu gebären. Die Arbeiterschaft als der Träger dieser neuen Zeit, die sich aus dem Schoße der Gesellschaft loszuringen bemüht, hat vielmehr die Pflicht schärfer denn je, den Hammer zu schwingen, um die werdenden Dinge nach ihren Wünschen zu schmieden. Kampf ist die Losung der Arbeiterschaft!

Kampf ist auch die Losung der Zeit, Kampf die Losung des Lebens. Gelebt zu haben heißt: Ein Kämpfer gewesen zu sein. Doch wer allezeit seinen Mann auf dem Kampfplatz ganz gestanden hat, der kennt die Sehnsucht, fern von Kampfgetümmel in stiller Stunde zu genießen, was das Gefühl gebet, durch frohes Fest neuen Mut und neue Kraft zu holen zum schweren Werke des Alltags. Der sauren Wochen Arbeit soll und muß frohes Fest neue Flügel geben, den Mut neu beleben. Und so feiert auch die Arbeiterschaft Feste, eigene Feste, Arbeiterfeste, deren ungezwungene Geselligkeit das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter stärkt, die einzelnen untereinander näher bringt und die Möglichkeit gibt, sich am Schönen zu erfreuen und aus dem Brunnen des Guten zu schöpfen.

Jede Kampfgemeinschaft braucht solche Stunden froher Geselligkeit und auch die Gewerkschaften können ihrer nicht entbehren. Wenn wir deshalb als Gewerkschafter zu Ehren unseres Altmeisters Senefelder am Tage der Wiederkehr seines Geburtstages zu frohem Feste zusammenkommen, dann gilt dies nicht nur der Ehre und des Genusses, sondern mehr noch dem Kampf. Zwar ist auch die Senefelderfeier, wie überhaupt jede festliche kollegiale Veranstaltung saurer Wochen frohes Fest, ja doch ist sie als auch zugleich die erneute Bestätigung des Gelöbnisses, nicht zu ruhen, bis auch das Werk Senefelders frei ist, um der Menschwerdung zu dienen. Deshalb aimen auch unsere Feste neben der Freude am Schönen und Guten die Luft der Rebellion, den Geist des Umsturzes. Sie stehen im Zeichen des Klassenkampfes und sollen ihm auch dienen, trotz, oder besser gesagt, gerade wegen ihrer schöngeistig künstlerischen Ausgestaltung.

Der Kollegenschaft in der Ausgestaltung ihrer Feste in etwas an die Hand zu gehen ist die Absicht eines Heftchens, das unser Kollege und früherer Redakteur der »Graphischen Presse«, Paul Barthel, im Verlage von Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig herausgegeben hat. »Zu frohen Festen« ist dieses Büchlein betitelt und dem Verbandszugeeignet. Was Barthel will, welche Aufgabe sein Buch erfüllen soll, sagt der Verfasser in einem Wort voraus folgendermaßen:

»Ich werde oft bedrängt, zu irgend welchen festlichen Veranstaltungen in den Mitgliedschaften unseres Verbandes einen Festgruß oder ein Festlied beizusetzen. Deshalb habe ich alles, was ich von derartigen im Laufe der Jahre geschriebenen Sachen noch auffinden konnte, zu einem Heftchen zusammengefaßt, auf das ich die Mitgliedschaftsvorstände bei neuen Anforderungen an meinen Pegasus verweisen möchte. Die Sammlung umfaßt ein reichliches Dutzend eigener Arbeiten, die aus den verschiedensten Anlässen, besonders zu Jubiläen des Verbandes oder einzelner Mitgliedschaften und zu Senefelderfeiern geschrieben wurden, und einige Gedichte anderer Verfasser zur Ehrung Senefelders, von denen Hoffmann von Fallersleben und Hermann Lingg Ehrenplätze im deutschen Schrifttum einnehmen. Mandem Mitgliedschaftsvorstand wird wohl bei der Vorbereitung von Stiftungsfesten, Senefelderfeiern und sonstigen Zusammenkünften das eine oder das andere Stück aus der Sammlung als Festgruß willkommen sein; darüber hinaus haben aber vielleicht auch andere Kollegen für die Reimereien Interesse. Wenn das Heftchen dazu beiträgt, mande unserer festlichen Veranstaltungen zu beleben, und wenn es außerdem daran mithilft, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Verbandsmitglieder zu stärken und damit den Verband zu fördern, dann hat die Sammlung ihren Zweck erfüllt.«

Wer vor der Tatsache steht ein kollegiales Fest auszustalten zu müssen, dem wird Barthels Heftchen gut unterstützen. Fast für alle Arten kollegialer Veranstaltungen ist darin etwas zu finden und das Gebotene ist berechtigt Anspruch auf Vollwertigkeit zu erheben. Es sei nur auf die prächtvollen Stücke: Zum fünfundzwanzigsten Stiftungsfeste, Vierteljahrhundertfeier, Magdeburg und Aussperrens-Weihnachten verwiesen, die manden unserer Kollegen noch gut bekannt sein dürften.

Alles in allem genommen, verdient Barthels Heftchen »Zu frohen Festen« in Kollegenkreisen die weiteste Verbreitung, zumal der dafür anzuwendende Preis von zwei Mark kein zu hoher ist.

### Ortsberichte.

**Leipzig** In der allgemeinen Versammlung am 14. September 1920 sprach Genosse Ploittke über Finanzpolitik. Er ging von der durch den Krieg völlig zerrütteten Wirtschaft aus, bei welcher von Ökonomie, die ja die Grundlage aller Finanzpolitik sei, überhaupt nicht mehr zu reden wäre. Dies treffe zunächst auf alle am Kriege beteiligten Länder zu und dehne sich nun auch auf die neutralen Staaten aus, was scharf in der Valuta zum Ausdruck komme. Die Valuta sei der Gradmesser dafür, was wir dem Auslande gegenüber wert sind, bzw. leisten und von ihm als Gegenleistung erhalten können. Vor dem Kriege bestand, da in Deutschland für ca. 36 Milliarden Mark Werte geschaffen, aber nur ca. 26 Milliarden Mark verbraucht wurden, immerhin noch die Möglichkeit, den Überschuß zur Schuldentilgung zu verwenden. Daran sei jetzt, da wir mehr verbrauchen, bzw. mehr Waren einführen als ausführen, gar nicht mehr zu denken. Mit Hilfe eines Zahlenmaterials, daß zum Nachdenken reichlich Anlaß bot, verwies er noch auf die Verpflichtungen von Spa, die allein schon ein Wiederaufrichten unmöglich machen. Im zweiten Teile des Referats geißelte er die mit einer geradezu sträflichen Leichtfertigkeit geschaffenen Steuergesetze, die in ihrer Anwendung und Durchführung fast unmöglich scheinen und schließlich doch nur einen Bruchteil des Voranschlags erbringen werden. Alle Lasten würden eben auf die Arbeiterklasse abgewälzt, die sich endlich aufraffen müsse, die sozialistische Wirtschaftsform einzuführen. In der Diskussion konnten die Kollegen Kasch und Teuscher sachlich keine Einwände erbringen, versuchten aber unter scharfer Betonung des Rätegedankens den Kollegen diesen Rettungskanker begreiflich zu machen. Kollege Kießig erwiderte denselben unter Hinweis auf den Kapp-Putsch, daß damals leider viele versagt hätten, wo es zu handeln galt. Auch der Referent legte nochmals, sachlich aber scharf, diesen Irrtum bloß und ermahnte besonders, sich ökonomisches Wissen anzueignen, denn nur dadurch sei die sichere Gewähr für die Durchführung der sozialistischen Wirtschaft gegeben.

Kollege Hentschel sprach im besonderen über die Steuergesetze, deren Wirkung wir alle am eigenen Leib zu spüren bekämen. Nichts dürfe unversucht gelassen werden die Härten zu beseitigen. Restlos müßten alle Bestimmungen daraufhin geprüft werden, daß die Kollegen vor Schädigungen bewahrt bleiben. Die weitere Aussprache wurde auf später verschoben, dabei sollen besonders den Betriebsräten Richtlinien über diese Fragen gegeben werden um ein einheitliches Handeln zu ermöglichen.

**Meißen.** Sonntag, den 5. September 1920 fand im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung

statt, in der Kollege Haß, Berlin über Zeit- und Streitfragen in den Gewerkschaften referierte. Er schilderte die Entwicklung der Gewerkschaften insbesondere in der Zeit nach der Revolution und zeigte, wie Ideengänge, die längst überwunden waren, wieder Eingang gefunden haben. Er zeigte an der Zerküftung der politischen Arbeiterbewegung, wie notwendig einheitliches Handeln auf dem Boden wirtschaftlicher Tatsachen durch die Gewerkschaften ist. Ferner behandelte er das Für und Wider der Kämpfe um die Tarifgemeinschaften und Arbeitsgemeinschaften. Er zeigt auch, wie durch das Wirken der Arbeitnehmer in den sozialen Ausschüssen an dem Aufbau Deutschlands mitgewirkt worden sei. Dabei verlangte er aber nicht nur verständnisvolles Handeln durch die Arbeiter, sondern insbesondere auch durch die Unternehmer. In diesem Zusammenhang schilderte er die Berufsfrage und betonte, daß nur durch systematisch aufbauende Arbeit unser Beruf langsam wieder aufblühen kann. Er zeigte in Beispielen die schwierige Arbeit, die der Verbandsvorstand zu leisten hat und sprach auch über die inneren Einrichtungen des Verbandes. An dem lehrreichen Vortrag schloß sich eine rege Debatte. Die verschiedensten Anfragen einzelner Kollegen wurden zur vollen Zufriedenheit der Anwesenden beantwortet. Der Vorsitzende, Kollege Meyer, wies in seinem Schlußwort darauf hin, wie notwendig es sei, daß die Mitglieder bisweilen auch von zentraler Stelle Aufklärung erhalten und forderte die Anwesenden auf, das Gehörte zu beherzigen und durch treue Mitarbeit der Verband in die Höhe zu bringen. Leider waren nicht alle Kollegen dem Rufe der Ortsverwaltung gefolgt. In einer Resolution wurde dem Verbandsvorstand volles Vertrauen ausgesprochen.

**Waldenburg-Aitwaspern.** In der am 11. September 1920 abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden verschiedene Eingänge, u. a. das Rundschreiben betreffs der Jubilare erledigt. Dann gab Kollege Schönbach den Kassenbericht vom H. Quartal. Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 1657 Mk. 10 Pf. In der Lokalkasse ist ein Bestand von 311 Mk. 89 Pf. Aus dem vom Kollegen Wiersig erstatteten Kartellbericht ist als wichtigstes hervorzuheben, daß vom Kartell und den Betriebsräten beschlossen wurde allen Arbeitnehmern im Kreise Waldenburg den Antrag zu unterbreiten, alle Monate eine Wohlfahrtsstunde zu arbeiten und diesen Ertrag mit dem Gewinn der Unternehmer aus dieser Stunde den Waldheimstätten für kranke Kinder und verschiedenen anderen wohlthätigen Einrichtungen zuzuwenden. Einstimmig wurde diesem Ersuchen stattgegeben. Von der Tarifkressitzung in Breslau gibt Kollege Crutski eingehend Bericht, an welchem sich eine sehr starke Aussprache anschloß, die in der Annahme nachstehender Resolution ihren Ausklang fand.

Die am 11. September 1920 stattgefundene Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von dem wieder resultatlosen Verlauf der Verhandlungen des Tarifkreises XI (Schlesien) zu denen auch unsere Zahlstelle einen Vertreter gesandt hatte und verurteilt aufs schärfste das Verschleppungsmanöver der schlesischen Unternehmer. Ihr Bestreben geht offensichtlich dahin, rückständige schlesische Verhältnisse in den Reichstarif hineinzufragen. Trotzdem unser Vertreter mit einwandfreiem Beweismaterial aufwarten konnte, gelang es nicht, die Unternehmer von der Notwendigkeit der Gleichstellung unsrer Zahlstelle mit Breslau zu überzeugen. Alle Kollegen sind der Ansicht, daß der Reichstarif den größten Nutzen bisher den Unternehmern gebracht hat. Sie betrachten es als Komödie, zu derartigen schauspielerischen Konferenzen zu antieren, denen von vornherein der Stempel der Aussichtslosigkeit aufgedrückt ist. Es wird deshalb noch sehr zu überlegen sein, ob die Kollegen unter solchen Umständen einem neuen Tarif zustimmen können. Ferner verurteilen wir aufs schärfste, daß ein Verbandsvorstandsmitglied Abmachungen mit einer Firma trifft, wodurch dieselbe 5 Mark unter Reichstarif für ihren schlesischen Betrieb zahlen kann (Neurode). Hier reicht der Verbandsvorstand selbst die Hand zur Verschlechterung unserer Verhältnisse. Die Kollegen erklären sich mit den Ausführungen des Delegierten vollkommen einverstanden und sprechen ihm ihr Vertrauen aus. Unter Verschiedenem wurde beschlossen die Senefelderfeier am 6. November abzuhalten.

**Nachwort:** Die Kollegen irren mit ihrer Ansicht, daß ein Mitglied des Verbandsvorstandes mit einer Firma Abmachungen getroffen hat, die ihr gestattet, die Kollegen fünf Mark unter Reichdurchschnitt zu entlohnen. Die von den Gehilfenvertretern mit dem Unternehmer getroffenen Lohnvereinbarungen vom 11. Januar 1920 enthalten jedoch folgenden Satz: Gehilfen in Orten unter 25 000 Einwohnern erhalten in jeder Staffel fünf Mark weniger, soweit die betreffenden Betriebe unter 20 Gehilfen beschäftigen. Dieser Abschluß ist die Ursache der geringeren Entlohnung. Aus welchen Gründen die Gehilfenvertreter eine solche Bestimmung mit in den Kauf nehmen mußten, siehe Graphische Presse, Nr. 3, Jahrgang 33.

## Die photomech. Fächer.

### Wohin der Weg?

Die Auseinandersetzung mit dem Kollegen N. D. über diese Frage hat mir eine andere mit Koll. K. eingebracht, der ich um so lieber nachkomme, als der Koll. K. ein klarer typischer Vertreter der sogenannten Demokratie in Politik und Wirtschaft ist; ein Vertreter der Ansicht, daß wir mit dem Weiterbestehen der kapitalistischen Wirtschaftsform unbedingt auf lange noch zu rechnen haben und uns unter seinem demoralisierenden Einfluß zu beugen und wohlhinlich einzurichten haben.

Und das ist der Kernpunkt, daher die Enttäuschung des Kollegen K., keine Wege und Ziele für ihn, die er gehen kann. — lassen wir ihn stehen.

Wir behaupten das Gegenteil, daß der Bestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise erst zu besetzigen ist, um in allererster Linie den Mutterboden für den allein möglichen kommunistischen Aufbau der Wirtschaft frei zu bekommen, nicht mehr Reformen im chaotischen Zustand der deutschen Wirtschaft bringen uns dahin, sondern restlose Überwindung des Bestehenden und tatkräftige, zielklare Inangriffnahme der kommunistischen Gemeinwirtschaft.

Daß dieses Wollen aber eine in allererster Linie politische Machtfrage ist, ist jedem klar, der politisch orientiert ist, diese Machtfrage erkennen ist unsere Pflicht, Kollege K., weil wir nicht imstande sind ihr noch länger auszuweichen. Wir werden mit dem unfähigen Kapitalismus, der seine Lohnsklaven nicht mehr ernähren kann, nur noch tiefer verelenden und mit untergehen können; aber nicht mehr leben, geschweige denn zu einer Gesundung kommen.

Für alle, die das schon begriffen haben, und ihre Zahl wächst, wächst unaufhörlich, waren meine Ausführungen über den Weg zur Macht in gegebener Situation, die uns alle das Brandmal des Untergehens einer ganzen Generation aufgedrückt hat, keine Enttäuschungen, keine jahrzehnte alten, und wiederlegten Anschauungen.

Um zu den direkten Auslassungen des Koll. K. über unsere Lage im Beruf zu kommen, will ich nur das herausgreifen, was wirklich sachlich ist, einen Streit um Worte und um das, wie ich es auffasse, mache ich nicht mit.

Der Kollege K. unternimmt es, meine Stellungnahme gegen den Tarif näher zu illustrieren und stellt fest, daß ich von den zwei Arten von Tarifgegnern, von jeder etwas geerbt hätte. — Von unserem Standpunkt erkläre ich nochmals, daß die Gewerkschaften innerhalb der kapitalistischen Blütezeit und kapitalistischen Übermutes zugleich, ihre historische Mission erfüllt haben, ja, daß sie gar nicht anders handeln konnten, und daß gerade der Abschluß eines Tarifes das Erreichbarste auf diesem schwierigen Wege war; denn die reale ökonomische Macht der Arbeiterklasse war noch lange nicht so in die Erscheinung getreten als heute, darum war ein Tarifabschluß geradezu das Ideal aller Berufe. Aber darum hatten auch bis dahin, gerade viele Berufsgruppen keinen Tarif erringen können, weil kapitalistische Machtfülle und Übermut es nicht dazu kommen ließen. Denken wir doch an den Kampf unserer Kollegen im Lithographie und Steindruck! 1909/1912.

Und gedenken wir ferner doch der Tage nach dem 9. November, wie unter der Führung der größten Metallindustriellen die gesamten Unternehmerverbände sich drängten mit den Gewerkschaften die herrlichen Arbeitsgemeinschaften zu schließen. Warum wohl, Koll. K., in klarer Erkenntnis, daß die Macht der Arbeiterklasse zum ausschlaggebenden Faktor aller Grundlagen des Staates geworden war, und daß man diese ganz offensichtliche Macht soweit und so fest als irgend möglich fesseln wollte. Die Tarife für alle Berufe wuchsen aus dem Boden wie Pilze. Die Kraft der Arbeiterschaft war in kapitalistischer Gesetzlichkeit ertränkt. Das ist der Wesenskern aller Tarife seit 1918.

Die Hunderttausende von Arbeitslosen, die grenzenlose Zahl Arbeitsloser auch in unserem Beruf, das Absterben der gesamten Industrie, die Stilllegung ganzer Betriebe zeigt das nicht deutlich die Veränderung der früheren Voraussetzung für einen Tarif. Es ist ganz gleichgültig ob wir mit oder ohne Tarif verhungern, wenn wir nicht gewillt sind, den Kapitalismus in Gesamtheit zu brechen, ihn beiseite zu stoßen und den proletarischen Staat zu errichten.

Ganz ohne Zweifel wird dieser Akt größte Schwierigkeiten und Hemmungen der Produktion auslösen, wird auch der Leidenszustand des Proletariats darunter groß, unembar groß sein, bis eine straffe zentralistische Ordnung sich überall durchsetzt, die Betriebsräte der einzelnen Betriebe die gestellten Bedingungen der höchsten Organisationsform verwirklichen helfen, getragen vom Idealismus aller Arbeitenden. Diese Arbeit wird allen und alles den Stempel der Ethik geben. So schwer und müde sich heute der Arbeiter zur Arbeit schleppt so befreit und beglückt wird er dann sein. Ich sehe schon, wie mir alles das Wort »Rußland entgegenen will. Wir wollen nicht Rußland

kopieren, wir wollen aus Rußlands Lehre lernen. — Wir können das um so eher, als Deutschland mit seiner bis zum Ende entwickelten kapitalistischen Wirtschaft den Übergang zum Kommunismus selbst in sich trägt, und weil die deutsche Arbeiterschaft in ihrer ganzen Struktur auch dadurch weiter ist und die Kraft in sich trägt, die kommenden Verhältnisse zu meistern.

Deutschland wird die soziale Revolution zu Ende führen. Aus dem gesagten mag Kollege K. entnehmen, daß auch ich der Ansicht bin, daß unsere heutigen Betriebsräte nicht in der Lage sind, die Produktionskontrolle zu erfüllen; aber sie werden sie auch nie unter kapitalistischer Wirtschaft erreichen können, weil der Kapitalismus tausend Möglichkeiten hat, dies zu verhindern, nur in der sozialen Revolution selbst werden sie es erlernen können. — Auf alle anderen Ansichten des Kollegen K. einzugehen, halte ich nach gesagtem nicht für nötig; denn es sind Dinge und Anschauungen, die aus seiner Überzeugung hervorgehen, die Verhältnisse zu ordnen, zur Besserung zu bringen, die aber naturnotwendig zum Scheitern verurteilt sind, weil der Kapitalismus über den Erhalt der Menschheit, über die Bedürfnisse der Menschheit, über den Bestand selbst aller Kultur zur Tagesordnung übergeht, und alles vom Steigen des Profits betrachtet. Er erzeugt Kriege und beutet die Bedürfnisse des Krieges aus, wie er mit derselben Schamlosigkeit alles in barbarische Not und Elend stößt, die den Krieg überlebt haben.

Was ist unsere Aufgabe zunächst Kollegen, um aus unserem Zustand herauszukommen; denn es geht doch keineswegs so weiter, wir können und dürfen nicht länger noch die Zuschauer unseres eigenen Elends bleiben, jeder hat mit sich selbst im tiefsten Innern um die Erkenntnis zu ringen, was zu tun ist, erst dann mit anderen gemeinsam. Die Halben, Lauen und Angstlichen mögen wissen, daß es unmöglich ist, sich abseits des Weges zu stellen und andere für die Finger verbrennen zu lassen. Die soziale Revolution wird sie am unfertigsten antreffen, zu schweren steinigten Wegen, die gegangen sein müssen. *Gustav Utkrow.*

## Graphische Technik.

### Der Kampf um die Farbe.

II

Sieht auch die amerikanische Farbenindustrie nach Herrn F. C. Atteaus in der deutschen Farbenindustrie keine ernsthaften Konkurrenten mehr, so dürfte ihr das Schweizer Farbensyndikat doch einiges Kopfzerbrechen machen. Das Schweizer Farbensyndikat ist nämlich drauf und dran, amerikanische Farbenfabriken aufzukaufen.

Nach einer vom »Chemical Trade Journal« wiedergegebenen Meldung des »Manchester Guardian« sind die Verhandlungen des Schweizer Farbensyndikats wegen des Ankaufs der Farbenfabrik von Wiborg und Ault in Cincinnati, Ohio, erfolgreich zu Ende geführt. Damit geht die erwähnte Fabrik in die Hände der Schweizer Gesellschaften über. Als Kaufpreis werden 25 Mill. Fr. genannt. Augenblicklich weilt eine Kommission unter der Führung von Dr. Brodeck (Gesellschaft für chemische Industrie, Basel) und Dr. Wagner (Chemische Fabriken Geigy, Basel) in Amerika, um die Übernahme in die Wege zu leiten. Außerdem verhandelt das Farbensyndikat wegen der Erwerbung einer zweiten großen Fabrik in der Nähe von London, auch dort soll die Herstellung von Farben betrieben werden.

Dem gegenüber stehen wieder die Bemühungen der holländischen Farbenindustrie, weiter an Ausdehnung zu gewinnen. Vor kurzem wurde in Holland unter Mitwirkung verschiedener großer industrieller und Bankfirmen ein neues Farbenunternehmen, die »Niederländische Farben-Fabrik« (»The Netherland's Dyestuffs Factory«) mit einem Kapital von 1,5 Millionen Gulden gegründet. Unter den Gründern befinden sich, dem holländischen »Import und Export Trader« zufolge hauptsächlich die Niederländischen Farben- und Chemikalienfabrik von Delft (»The Netherland's Paints and Chemicals Factory of Delft«) und die chemische Fabrik »Naarden«; jene stellt bereits seit einigen Jahren kleine Farbstoffmengen aus den deutschen Zwischenprodukten her, diese hat erst während des Krieges die Fabrikation von Zwischenprodukten aufgenommen. Die Gesellschaft beabsichtigt, so bald als möglich in Amsterdam eine Farbenfabrik zu errichten.

Wie sich die japanische Farbenindustrie entwickelte und welche Wege sie zum eigenen Schutze einzuschlagen gedenkt, zeigt folgende Notiz: Nach dem »Yakugyo Shuho« führte Japan vor dem Kriege 94300000 Kin (je 0,6 kg) Farben im Werte von rund 8000000 Yen ein; im Jahre 1919 stieg der Wert auf rund 13000000 Yen. Die eigene Farberzeugung nahm in den letzten Jahren gleichfalls bedeutend zu. Die 59 Farbenfabriken lieferten z. B. im Jahre 1918 12500000 Kin Farben im Werte von 16560000 Yen. Zum Schutze der heimischen Industrie würde nach Ansicht der Fachleute ein hoher Zollschutz genügen. Er dürfte aber die Verbraucher nicht zu sehr belasten, um gegenüber der ständig wachsenden Farbenindustrie Deutschlands und Amerikas noch wettbewerbfähig zu bleiben.

Es ist zunächst ein Tarif von 35 Prozent des Wertes vorgesehen, über den der Reichstag alsbald Beschlus fassen wird.

Selbst China, jetzt tatsächlich das Land der aufgehenden Sonne -- für Kapitalisten, tritt in den Kampf um die Farbe ein. Ernsthaftige Versuche werden von China gemacht aus eigener Kraft den heimischen Bedarf an Farbstoffen zu decken. Aus Hankau wird nach 'Millards Review' gemeldet, daß die Bright Star Company, ein chinesisches Pionierunternehmen auf dem Gebiete der Farbstoffherstellung in Mitteldchina, ihr Bureau in Hankau und ihre Werke in Tschangschia eröffnet hat. Sie ist ein rein chinesisches Konzern und plant, Farben und Farbstoffe aller Art durch Verarbeiten von Zinkerzen aus Hunan herzustellen. Eine moderne Maschinenanlage zur Herstellung der Farben ist bei amerikanischen Firmen in Bestellung gegeben worden.

In anderer Richtung bewegen sich die Maßnahmen der englischen Farbenfabriken. Nach einer Meldung der 'Telegraphen-Unions' aus New York erstattete Senator Thomas im amerikanischen Senat einen Bericht über die Bestrebungen des englischen Farbstoffkonzerns Levinstein, mit der amerikanischem Gesellschaft Dupont de Nemours einen Trust zu bilden, der das Farbstoffmonopol für den größten Teil der Welt an sich reißen soll. Der Trust richtet sein Augenmerk besonders auf Südamerika, Japan und China, wobei er schon durch die Ausschaltung der gegenseitigen Konkurrenz beider Großfirmen namhafte Vorteile für sich erlangt.

Trotz aller Bemühungen der außerdeutschen Farbenindustrie, den Einfluß der deutschen Farbe zu brechen, ist der Einfluß der deutschen Farbstoffe und Farben noch immer groß. In England klagt der bekannte Farbenforscher aus Manchester, Henry K. Gilii, daß die von allen anerkannten Maßnahmen zur nationalen Verteidigung nicht zu einer ernstlichen Benachteiligung der farbenverbrauchenden Industrien führen dürfe und im Unterhause wurde betont, daß die Beschränkungen bzw. Verbote deutscher Farbeinfuhr von den verbrauchenden Industrien noch immer als sehr lästig empfunden würden. Der Regierungsvertreter gab auf diese Ausführungen hin zu, daß die britische Industrie auch in Zukunft auf die Lieferung deutscher Farben angewiesen sei.

In Amerika liegen die Dinge ähnlich, ohne daß man es zugeben will. Auseinandersetzungen liefern aber den Beweis dafür. Dort wird nämlich die Frage erörtert, ob die Namen amerikanischer Importeure, die Farbstoffe aus Deutschland beziehen, veröffentlicht werden sollen. Zwischen dem Senator James Reed und dem Staatssekretär Coley hat über diese Frage ein Meinungsausausch stattgefunden; Red erklärte, daß die amerikanische Handelswelt beanspruchen dürfe, genaue Mitteilungen über die Einfuhr deutscher Farbstoffe zu verlangen; das Staatsdepartement antwortete, daß es diese Ansicht nicht teile. Amerikanische Farbenfabriken hatten gefordert, daß ihnen eine Aufstellung zugänglich gemacht werde, aus welcher ersichtlich sind: das Gesamtquantum der deutschen

Farbstoffe, deren Einfuhr behördlich gestattet ist, die Namen der diese Waren exportierenden deutschen Farbenfabrikanten; die Namen und Adressen der amerikanischen Importeure und Verbraucher. Diese Forderung wurde nicht bewilligt; nur die Höhe des eingefuhrten Farbstoffquantums wurde veröffentlicht. Der amerikanische Importeur deutscher Farbstoffe ist gesetzlich gehalten, seinen Bedarf an speziellen Farbstoffen und den Verbrauch an solchen anzugeben. Das Staatsdepartement erklärt, daß diese Mitteilungen vertraulicher Natur sind und nicht für die Veröffentlichung bestimmt sind.

Ist auch die deutsche Druckfarbenindustrie an diesem Kampfe um die Farbe weniger beteiligt, so muß doch dessen Ausgang auch auf die deutsche Druckfarbenproduktion seine Wirkung ausüben. Wenn wir auch in Deutschland kaum in die Lage kommen, daß uns Farbstoffe mangeln, so muß doch eine ungemein erweiterte Farbstoffproduktion in allen Ländern ein stärkeres Aufblühen des außerdeutschen graphischen Gewerbes nach sich ziehen. Der Export der deutschen graphischen Industrie müßte dann noch mehr als es schon der Fall ist, zurückgehen und die an sich schon viel zu große Arbeitslosigkeit noch größer werden. In diesem Zusammenhang betrachtet hat der Kampf um die Farbe auch für das graphische Gewerbe Deutschlands die größte Bedeutung und sein Ausgang kann mit als Gradmesser für die zukünftige Entwicklung der deutschen graphischen Industrie betrachtet werden.

### Opfer des Krieges.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Namen jener Kollegen bekanntzugeben, die uns als weitere Opfer des Weltkrieges 1914-1918 wieder gemeldet worden sind:

Kollege Willy Schubert, Lithograph, zuletzt in Offenburg i. B., geb. am 1. Oktober 1885 in Berlin, Mitglied seit 5. Oktober 1903, wurde seit 1917 bei den Kämpfen im Westen vermißt und ist jetzt für tot erklärt worden.

Kollege Paul Pöche, Lithograph, zuletzt in Berlin, geb. am 24. August 1888 in Neustadt in Sachsen, Mitglied seit 12. April 1908, ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht zu ermitteln.

Kollege Emil Herr, Lithograph aus Nürnberg, geb. am 28. Februar 1885, Mitglied seit 17. Juni 1906, wird zu den Gefallenen gezählt. Er war bisher als vermißt gemeldet.

Kollege Friedrich Zenner, Steindrucker, zuletzt in Chemnitz, geb. am 6. September 1894 in Mittweida i. S., Mitglied seit 12. April 1914 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 15. Dezember 1912) ist am 6. Juni 1918 in Nouvion-A-Chatillon gestorben.

Kollege Robert Volk, Lichtdrucker, zuletzt in Frankfurt a. M., geb. am 9. September 1878 in Neuwied a. Rh., Mitglied seit 6. August 1911, wurde am 2. August 1914 zum Heere einberufen und ist seitdem verschollen.

Kollege Hans Faulstich, Lithograph aus Würzburg, geb. am 27. Mai 1893, Mitglied seit 2. Juli 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 8. Januar 1911) ist im Kriege gefallen, wann und wo ist nicht bekannt.

Kollege Rudolf Reinhardt, Photograph aus München, geb. am 23. August 1894, Mitglied seit 20. Oktober 1912 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 15. November 1908) wird seit Ende 1914 vermißt und, da alle Nachforschungen vergeblich waren, jetzt für tot erklärt.

Kollege Joseph Pohl, Lithograph, zuletzt in Niedersedlitz, geb. am 30. April in Schönlinde bei Rumburg in Böhmen, Mitglied seit 29. April 1906, ist im Kriege verschollen. Es wird anangenommen, daß er gefallen ist.

Kollege Johann Meinetsberger, Lithograph aus Nürnberg, geb. am 23. Februar 1884, Mitglied seit 29. März 1908 (vorher im deutschen Lithographen Bund seit 3. November 1902) wird zu den Toten gezählt, er galt bisher als vermißt.

Kollege Karl Frank, Steindrucker, zuletzt in Hamburg, geb. am 4. August 1898 in Bartenstein in Ostpreußen, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 5. Oktober 1913, fand seinen Tod auf dem Schlachtfelde; näheres ist nicht bekannt.

Kollege Hermann Gutmann, Lithograph aus Offenburg in Baden, geb. am 10. Oktober 1898, Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 25. Mai 1913, ist als Soldat kurz vor Beendigung des Krieges an der Grippe gestorben. Genaueres Datum ist nicht festzustellen.

Kollege Johann Freund, Chemigraph aus Mannheim, geb. am 21. Oktober 1880, Mitglied seit 27. Juli 1913 (vorher im deutschen Xylographen Verband seit 1. Januar 1904) ist im Kriege gefallen. Ort und Zeit ist nicht bekannt.

Kollege Wilhelm Gartung, Chemigraph, zuletzt in Frankfurt a. M., geb. am 5. September 1896 in Grasleben, Mitglied seit 25. April 1915 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 31. März 1912) galt seit 12. Juli 1916 als kriegsvermißt und ist jetzt für tot erklärt worden.

Kollege Hermann Kammerer, Chemigraph, zuletzt in Frankfurt a. M., geb. am 10. Oktober 1892 in Höchst a. M., Mitglied seit 21. April 1912, wurde am 2. Februar 1915 zum Militär eingezogen und wird jetzt zu den Toten gezählt. Er galt bisher als vermißt.

Kollege Gilbert Wögerer, Steindrucker, zuletzt in Eßlingen, geb. am 17. Juli 1883 in W.-Feisteritz in Steiermark, Mitglied seit 19. November 1905, starb am 17. Juni 1920 im Lazarett an den Folgen einer im Kriege zugezogenen Rippenfellerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Der Verbandsvorsand.

## Lithographie (Export nach allen Ländern) Lithographie

Den neu patentierten, von lithographischen Großbetrieben als erstklassig anerkannten und als unübertroffen bezeichneten künstlichen

## Schleif- und Polierstein



liefert in 4 Nummern: I scharf, II mittel, III fein, IV extrafein, in Form von Handsteinen Maschinensteinen

auch zum Einspannen in die Maschine, per Stück Mark 7,-. Durchmesser 22, 26, 32 cm, 6 cm Höhe Gewicht etwa 4, 5, 7 kg, per kg Mark 10, -.

Masse zum Selbstgießen in 1 kg Blöcken per kg Mark 9,50. Zusendung nur gegen Nachnahme. Etwa Nichtkonvenientes wird zurückgenommen. Muster (1 Stk. per Stk. M. 7,-) sowie Prospekt auf Wunsch gern zu Diensten. Exporteure: Extrax-Rahart.

Marlith-Kunststeinwerk Distler & Wenzel, München, Theresienstraße 76

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Expedition, Conrad Müller's Schenkowitz bei Leipzig, Augustastraße 8, zu senden

## ZINKDRUCKPLATTEN

1a. Zinktätze. Auswaschtinktur. Neuschleifen gebrauchter Platten. KARL MESS, G. m. b. H., BERLIN SO. 36, Wiener Straße 50 Fernruf: Moritzplatz 13269.



## Wolff's preisgekrönte Bronzetinktur Kosmos

ist Zusatz zu Gold-Druck-Unterfarbe, bürgt für das Fassett und einen bisher unerreichten Hochglanz des Bronzedruckes. Ein Versuch überzeugt. Preisbroschen von 25 Kilo, Originaldosen von 5 Kilo ab Detmold.

J. H. Wolff, G. m. b. H. Fabrik von Bronze-Tinkturen, Detmold.

## Graphische Fachklassen

Entwurf- und Werkstattausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule Barmen

Wer für sich oder seine Angehörigen eine Lebensversicherung abschließen will, benutze dazu nur die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volksfürloge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.